



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,

in der ersten Plenarsitzung nach den Sommerferien hat Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk den Haushalt 2024 im NRW Landtag eingebracht. Der Etat hat ein Volumen von 101,9 Milliarden Euro.

Die Aufstellung und Ausgestaltung des Haushalts verraten viel über politischen Prioritäten. Denn der Haushalt gibt Auskunft, wie viel Geld für die Umsetzung politischer Ziele zur Verfügung steht: Zum Beispiel für mehr Erzieher, Lehrer, Polizisten oder die Modernisierung unserer Infrastruktur.

Von diesen Entscheidungen hängt viel für die Menschen und unser Land ab. Deshalb liegt das Haushaltsrecht beim Parlament und den von Ihnen gewählten Landtagsabgeordneten.

Jedes Jahr im Spätsommer beginnen die Haushaltsberatungen für das kommende Haushaltsjahr. Mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs legt die Landesregierung dem Parlament einen Vorschlag vor, auf dessen Grundlage dann in den jeweiligen Fachausschüssen und im Plenum weiter beraten und beschlossen werden kann.

Dabei ist schon jetzt klar: Auch in Zeiten knapper Kassen sorgt Nordrhein-Westfalen für Verlässlichkeit. Gleichzeitig investieren wir gezielt in die Zukunft unserer Kinder, mehr Klimaschutz und unsere innere Sicherheit.

Wie gewohnt erhalten Sie mit diesem Newsletter auch einen Einblick, welche weiteren Tagesordnungspunkte sich im Verlauf der Plenarwoche sowie in den zurückliegenden Wochen im Wahlkreis ergeben haben.

Wünsche Ihnen jetzt viel Freude beim Lesen und interessante Informationen aus Düsseldorf und meiner Wahlkreisarbeit.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Ihr Daniel Hagemeyer MdL

Mitgliederversammlung der CDU Enniger

Heinz Wessel gibt nach 16 Jahren den Vorsitz in der Ortsunion Enniger an Ute Bienengräber-Killmann ab!



„Danke für alles, was du hier in Enniger geleistet hast“, dankte der stellv. Kreisvorsitzende Daniel Hagemeyer MdL dem scheidenden Vorsitzenden. Nach Beisitzertätigkeit, zehn Jahren als Schatzmeister und 16 Jahren als Vorsitzender bleibt Heinz Wessel jedoch als stellv. Vorsitzender und Mitgliederbeauftragter der politischen Arbeit im Vorstand der Ortsunion Enniger treu!

Inklusionschor Enniger „Wir sind’s“ zu Besuch im Landtag NRW

Für einen ganz besonderen Moment sorgte der Besuch des Inklusionschors Enniger „Wir sind’s“ im NRW-Landtag in Düsseldorf. Daniel Hagemeyer MdL war der Einladung des Chors gerne gefolgt und begleitete diesen beim Empfang durch den Landtagspräsidenten Andre Kuper. Neben der Besichtigung des Landtags, dem Besuch auf der Besuchertribüne des Plenarsaals durfte natürlich auch der musikalische Beitrag nicht fehlen. Er verlieh dem Besuch des Enniger Chores eine ganz besondere Note. Landtagspräsident Andre Kuper MdL und Daniel Hagemeyer MdL bedankten sich bei Chorleitern Daniela König und Ihrem Chor für den Besuch in Düsseldorf.

Im Jahr 2018 wurde auf Initiative der damaligen Inklusionsbeauftragten der Stadt Ennigerloh, Marion Schmelter, der Inklusionschor Enniger unter dem Namen „Wir sind’s“ gegründet. Ein tolles Beispiel für gelebte Inklusion!



**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Ministerpräsident Wüst verleiht Verdienstorden des Landes 10 Bürgerinnen und Bürger

Am 22.08.2023, dem Vortag des 77. Landesgeburtstags, hat Ministerpräsident Hendrik Wüst den Verdienstorden des Landes NRW an zehn engagierte Bürgerinnen und Bürger verliehen. Mit dem Verdienstorden werden traditionell ehrenamtlich besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger für ihren herausragenden Einsatz für das Gemeinwohl und das Land NRW. Die Verleihung fand in der Staatskanzlei in Düsseldorf statt. NRW steht für Weltoffenheit, Solidarität und Nächstenliebe. Diese gerade in der heutigen Zeit so wichtigen Werte verkörpern die Trägerinnen und Träger des Landesverdienstordens eindrucksvoll. Sie alle leisten tagtäglich Herausragendes, setzen sich mit großem persönlichen Einsatz und viel Fürsorge für ihre Mitmenschen ein. Sie unterstützen unter Zurückstellung eigener Interessen die Gesellschaft – und das häufig über viele Jahrzehnte hinweg. Ihr vielfältiges Engagement für das Gemeinwohl ist oft nicht nur Herzensangelegenheit, sondern wahre Lebensaufgabe. Diese hat unser aller Anerkennung verdient. Der Verdienstorden ist eine der höchsten Auszeichnungen des Landes und wurde 1986 aus Anlass des 40. Geburtstages des Landes NRW vom damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau gestiftet. Als Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste für die Allgemeinheit wird er an besonders engagierte Persönlichkeiten verliehen.



Mit dem Verdienstorden ausgezeichnet wurde auch Resi Gerwing aus Beckum

Einstieg in die Altschuldenlösung soll zum kommunalen Haushaltsjahr 2025 erfolgen

Mit den im Juni 2023 veröffentlichten Eckpunkten für die Gemeindefinanzierung hat die Landesregierung erstmals einen Vorschlag zur Lösung der seit Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen ungelösten Problematik der kommunalen Altschulden vorgelegt.

Diese Landesregierung ist damit die erste, die sich ernsthaft mit der Lösung der kommunalen Altschulden auseinandersetzt. Das haben auch die zahlreichen Austausche mit Kommunen und Kommunalen Spitzenverbänden in den vergangenen Wochen gezeigt. Dieser Ansatz wird gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden nun weiterentwickelt, um eine dauerhafte Lösung herbeizuführen.

Der Einstieg in die Altschuldenlösung soll zum kommunalen Haushaltsjahr 2025 erfolgen. Dies ermöglicht, zunächst die laufenden Verhandlungen mit dem Bund zum Abschluss zu bringen. Seitens des Bundes ist ein weiteres Gespräch für September 2023 in Aussicht gestellt worden – dies ist vor dem Hintergrund notwendiger, geordneter Gesetzgebungsverfahren im Land Nordrhein-Westfalen zu spät.

Die Bundesregierung bleibt weiterhin gefordert, ihre in der Vergangenheit getätigten Zusagen zu erfüllen, das heißt, sich wie zugesagt hälftig an einer Entschuldung der Kommunen zu beteiligen. Dazu gehört auch, zeitnah ein für alle Länder zustimmungsfähiges, realistisches Angebot vorzulegen. In diesem Zusammenhang hat das Landeskabinett einen Zwischenstand über die Austausche mit den Kommunalen Spitzenverbänden über eine Lösung für die kommunalen Altschulden im Land Nordrhein-Westfalen als Ausdruck und Bekundung unseres Willens, die kommunale Altschuldenfrage lösen zu wollen, beschlossen. Noch in diesem Jahr soll damit begonnen werden, eine belastbare und kommunenscharfe Übersicht der tatsächlichen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zu erarbeiten, die eine geordnete Schuldenübernahme und eine umfassende Transparenz über die Kosten ermöglicht. Hintergrund dieses Schrittes ist, dass sichergestellt werden muss, dass die Vorgaben des Bundes auch in allen Fällen eingehalten werden.

Die kommunalen Spitzenverbände erkennen an, dass die Landesregierung mit der Garantie eines Mindestanteils an der Grunderwerbsteuer in der Verbundmasse einen eigenen Beitrag zur Finanzierung und Tilgung der übernommenen Kredite eingebracht hat. Das Land hatte bereits zugesichert, die für das Jahr 2023 zu erwartenden Einnahmen in Höhe von 460 Mio. Euro trotz absehbar sinkender Steuereinnahmen auch für folgende Jahre zu garantieren, um die Finanzierung der Altschuldenlösung sicherzustellen. Daran hält die Landesregierung fest und strebt an, diesen Beitrag weiter zu erhöhen. Die kommunalen Spitzenverbände weisen darauf hin, dass eine Lösung des Altschuldenproblems nur möglich ist, wenn das Land und der Bund dafür zusätzliche Finanzmittel in maßgeblicher Höhe zur Verfügung stellen. Gemeinsam werden hierdurch die kommunalen Gestaltungs- und Investitionsmöglichkeiten nachhaltig gestärkt.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Landesregierung unterstützt Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Handwerk

Die Digitalisierung kommt unausweichlich auf das Handwerk zu. Für unsere Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfalen bieten innovative digitale Anwendungen enormes Potenzial, um sich zukunftsfest aufzustellen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken. Hierbei kann insbesondere der Einsatz Künstlicher Intelligenz eine wichtige Rolle spielen. Das hochinnovative und in Deutschland einzigartige Projekt ‚KI und Digital Offensive HANDwerk.NRW‘ verzahnt Forschende mit Praktikerinnen und Praktikern und ermöglicht unseren Handwerksbetrieben so den Zugang zu passgenauen KI-Lösungen.

Das Projekt stellt durch die enge Zusammenarbeit der Kreishandwerkerschaft mit einer Bildungs- und einer Forschungseinrichtung den direkten Zugang zu Handwerksbetrieben sicher und gewährt so einen effizienten Technologie- und Bildungstransfer. Die Projektteilnehmenden sind zudem in Ostwestfalen mit der Wirtschaft, Bildung, Forschung und Politik umfassend vernetzt. Die im Projekt entwickelten Modelle, Lösungen und Konzepte stehen anschließend für weitere Betriebe landesweit zur Verfügung. Dafür stehen insgesamt 2 Millionen Euro zur Verfügung.

Parlamentariergruppe NRW-Japan trifft Repräsentanten japanischer Unternehmen

Die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Japan zeichnen sich durch starke und vielfältige wirtschaftliche Verbindungen aus. Vor diesem Hintergrund hat die japanische Generalkonsulin jüngst die Parlamentariergruppe NRW-Japan zu einem Austausch mit japanischen Wirtschaftsvertretern eingeladen.

An der Begegnung in der Erkrater Konsular-Residenz nahm auch der Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer als Mitglied der Parlamentariergruppe teil.

Außerdem vertreten: die Japanische Außenwirtschaftsorganisation, kurz JETRO.

Zahlreiche japanische Unternehmen sind seit Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen ansässig und wirtschaftlich aktiv. Der konstruktive Austausch zwischen Landespolitik und japanischen Unternehmen soll deshalb im Sinne der gegenseitigen Wertschätzung auch in Zukunft fortgesetzt werden.



Vierter landesweiter Katastrophenschutztag: Schutz vor Extremwetter

Am Samstag, 26. August 2023, findet der vierte landesweite Katastrophenschutztag in NRW statt. Gastgeber ist die Stadt Paderborn, die den Aktionstag gemeinsam mit dem Ministerium des Innern in der Innenstadt auf dem Rathausplatz und den angrenzenden Flächen veranstaltet. Das Ziel des Aktionstages ist es, die Menschen für das Thema Katastrophenschutz zu sensibilisieren, ihnen die besondere Rolle der Ehrenamtlichen darin vor Augen zu führen und ihnen Wissen „an die Hand zu geben“, damit sie für Notlagen bestmöglich gewappnet sind. Zentrales Thema ist dieses Mal das Verhalten bei Extremwetter.

Der landesweite Katastrophenschutztag soll auch dazu dienen, dass sich die verschiedenen Hilfsorganisationen mit ihrer Arbeit vorstellen und neue Mitglieder für ehrenamtliches Engagement gewinnen. Der Innenminister dankt in diesem Kontext insbesondere den ehrenamtlichen Katastrophenschützerinnen und Katastrophenschützern für ihren Einsatz.

Die verschiedenen Organisationen wie die Freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk oder das Deutsche Rote Kreuz sind in Paderborn präsent. Auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und der Deutsche Wetterdienst versorgen die Besucherinnen und Besucher mit Informationen. Zudem gibt es Diskussionsrunden, Musik, ein buntes Mitmach-Angebot in Extremwetter-Boxen und Reanimationsübungen. Das Ministerium des Innern betreibt bei der ganztägigen Open-Air-Veranstaltung einen eigenen Stand vor Ort. Dort besteht die Möglichkeit, die Notruf-App „nora“ zu testen, die das Innenministerium im September 2021 eingeführt hat. Besucherinnen und Besucher können das eigene Wissen zu richtigem Verhalten bei Extremwetter, wie zum Beispiel bei einem Tornado und bei Starkregen, unter Beweis stellen. Am 21. September 2024 wird der nächste Katastrophenschutztag Nordrhein-Westfalen in Coesfeld stattfinden. Weitere Informationen sowie Bilder vom landesweiten Katastrophenschutztag finden Sie unter: <https://www.im.nrw/ehrenamt-im-brand-und-katastrophenschutz>.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Neue Kooperation zwischen Landesregierung und Kommunen vereinbart: Betroffene des Hochwassers 2021 aufsuchen und beim Wiederaufbau helfen

Die Antragsfrist für Wiederaufbauförderung für private Haushalte ist auf den 30. Juni 2026 und die Bewilligungsfrist auf den 31. Dezember 2030 verlängert worden. Dafür hat sich Nordrhein-Westfalen erfolgreich im Bundesrat stark gemacht. Viele von der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 Betroffene haben noch keinen Antrag auf Wiederaufbau gestellt. Im Zusammenhang der Verlängerung der Antragsfrist hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine Landesinitiative auf den Weg gebracht, damit Betroffene aufgesucht werden können und bei der Antragstellung unterstützt werden kann. Zwei Millionen Euro stellt die Landesregierung dafür bereit.

Im Rahmen der Landesinitiative hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit den am stärksten betroffenen Kreisen und Kommunen den Abschluss von Kooperationsverträgen mit einem Gesamtvolumen von rund 950.000 Euro vereinbart. Dies sind der Rhein-Sieg-Kreis, der Rhein-Erft-Kreis, die Städteregion Aachen, die Stadt Hagen sowie die Stadt Solingen. Am Freitag, 25. August 2023, unterzeichnet Ministerin Ina Scharrenbach gemeinsam mit Markus Ramers, Landrat des Kreises Euskirchen, die erste Kooperationsvereinbarung. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung verpflichten sich die Kreise und Städte den Menschen, die von der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 materiell geschädigt worden sind, weitere Unterstützung zukommen zu lassen. Dazu zählt unter anderem Hilfe bei Neuanträgen, beim Mittelabruf aus bestehenden Bescheiden, bei der Verwendungsnachweisführung sowie Vermittlungsleistungen für erforderliche Spenden und/oder Vermittlungsleistungen von weiteren Hilfsangeboten. Die Betroffenen sollen gezielt angesprochen und, wenn nötig, zu Hause aufgesucht werden, um die benötigte Unterstützung zu erhalten. Bei der aufsuchenden Hilfe vor Ort, also in der häuslichen Wohnung, unterstützen die Kooperationspartner die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen und Verbände. Darüber hinaus sollen die Fördergelder dazu verwendet werden, um durch Informationskampagnen auf die verschiedenen bestehenden Hilfs- und Unterstützungsangebote weiter aufmerksam zu machen. Dazu gehören beispielsweise eigens erstellte Print-Informationsmaterialien und Veröffentlichungen im Internet sowie den sozialen Medien. Die Kreise und Städte sind frei in der Entscheidung, welche Maßnahmen vor Ort durchgeführt werden.

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung steht in engem Austausch mit den vor Ort Tätigen, den betroffenen Städten, Gemeinden und Kreisen sowie der nationalen Hilfsgesellschaft, den anerkannten Hilfsorganisationen sowie den Wohlfahrtsorganisationen. Da die sozialen Strukturen in den betroffenen Gebieten sehr verschieden sind, ist der Bedarf aufsuchender Arbeit hinsichtlich Quantität und Qualität sehr unterschiedlich.

Krankenhauszukunftsfonds: Rund 892,2 Millionen Euro für digitale Infrastruktur und den Aufbau moderner Notfallkapazitäten in NRW-Krankenhäusern

Das Bewilligungsverfahren zum Krankenhauszukunftsfonds ist für NRW abgeschlossen. Insgesamt wurden Fördermittel in Höhe von rund 892,2 Mio. Euro an 272 förderberechtigte Krankenhäuser ausgezahlt. Dieser Betrag teilt sich auf in 622,3 Mio. Euro durch die EU refinanzierte Bundesmittel sowie 269,9 Mio. Euro Landesmittel. Diese Förderung ermöglicht es den Krankenhäusern, in digitale Infrastruktur zu investieren, um den Patientinnen und Patienten zukünftig eine noch hochwertigere Gesundheitsversorgung zu bieten. Für die Umsetzung der Vorhaben haben die Krankenhäuser ab Bestandskraft des Förderbescheides 3 Jahre Zeit.

Das Antragsverfahren zum Krankenhauszukunftsfonds gestaltete sich zweistufig. Dabei hatten die förderberechtigten Krankenhäuser von Mitte bis Ende Mai 2021 die Gelegenheit, Bedarfsanmeldungen für alle elf Fördertatbestände des Krankenhauszukunftsfonds beim Land einzureichen. Insgesamt wurden 1.384 Bedarfsanmeldungen mit einem Gesamtfördervolumen von rund einer Milliarde Euro eingereicht. Für die förderfähigen Vorhaben konnte das Land anschließend bis zum 31. Dezember 2022 Anträge beim Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) einreichen. Ab Februar 2022 erfolgte bereits monatlich der Versand der landeseitigen Förderbescheide zu den vom BAS bewilligten Vorhaben. Im August 2023 wurden nun die letzten beiden Förderbescheide in NRW versandt. Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz vom 23. Oktober 2020 hat der Bundesgesetzgeber den Krankenhauszukunftsfonds (KHZF) beim BAS etabliert. Mit diesem Förderinstrument werden insbesondere Investitionen in moderne Notfallkapazitäten und eine bessere digitale Infrastruktur, zum Beispiel Patientenportale, elektronische Dokumentation von Pflege- und Behandlungsleistungen, digitales Medikationsmanagement, Maßnahmen zur IT-Sicherheit sowie sektorenübergreifende telemedizinische Netzwerkstrukturen gefördert. Das Gesamtvolumen des Fonds beträgt drei Milliarden Euro. Diese Mittel werden von der Europäischen Union refinanziert.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Buntes Programm beim Tag der offenen Tür im Düsseldorfer Regierungsviertel

Am Samstag, 26. August, und Sonntag, 27. August 2023, öffnete das Regierungsviertel in Düsseldorf unter dem Motto „Hey, Demokratie!“ seine Türen. Landesregierung, Landtag und das Haus der Geschichte luden bei einem Tag der offenen Tür mit einem vielfältigen Programm ein, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und sich umfassend über die Arbeit der Landesregierung zu informieren.

Einen Blick in den Arbeitsalltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung erhalten Interessierte zum Beispiel bei Führungen durch die Staatskanzlei, durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie direkt am Rheinufer, durch das geschichtsträchtige Gebäude des Ministeriums für Heimat, Kommunales Bau und Digitalisierung am Jürgensplatz oder durch das Justizministerium am Martin-Luther-Platz. Auch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr sowie das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz öffneten ihre Türen.

Ins Gespräch kommen, mitmachen, ausprobieren, lernen – darum ging es auf der „Meile der Demokratie“ zwischen dem gläsernen Stadttor und dem neuen Haus der Geschichte NRW im historischen Behrensbau. Hier präsentierten sich alle Ministerien, weitere Behörden und Stiftungen mit Infozelten und Mitmachaktionen. Das Justizministerium etwa lud zu Simulationen von Gerichtsverhandlungen ein. Bei der Präsentation des Innenministeriums konnte unter anderem der Streifenwagen der Zukunft und ein rollendes Datenerfassungs- und Analyselabor der Kriminalpolizei besichtigt werden. Zum Mitmachen luden außerdem auch Angebote wie das „NRW-Quiz“ aus dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration oder eine Rallye quer durch die Arbeitsbereiche des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein. Ergänzt wurde die bunten Angebote mit einem großen Bühnenprogramm. Hier erwarteten die Besucherinnen und Besucher Vorträge oder Talkrunden beispielsweise zu den Themen Demokratie, Nachhaltigkeit, Bildung oder Europa – das Bühnenprogramm bildet die Bandbreite des politischen Betriebs in der Landeshauptstadt ab. Viele Ministerinnen und Ministern waren persönlich vor Ort und standen für Gespräche mit den Besuchern zur Verfügung.

Fachkräfteoffensive NRW: Landesregierung schafft für Pflege- und Gesundheitsfachkräfte aus dem Ausland den Rahmen für eine leichtere und schnellere Arbeitsaufnahme

Die unbürokratische und schnelle Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen sowie der Abbau unnötiger Barrieren vor der Beschäftigung ausländischer Fachkräfte sind zur Fachkräftesicherung in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen unerlässlich. Mit der jetzt veröffentlichten neuen Nachweis- und Sprachprüfverordnung Gesundheitsfachberufe NRW (GBerNachwVO NRW) schafft die Landesregierung durch verbindliche Vorgaben den Rahmen für vereinfachte und beschleunigte Verfahren zur Erteilung einer Berufserlaubnis in reglementierten Pflege- oder Gesundheitsfachberufen. Darunter fallen zum Beispiel Pflegefachkräfte, Physiotherapeuten, Hebammen, Ergotherapeuten.

Der Fachkräftemangel im deutschen Gesundheitswesen ist eine immense Herausforderung für die Arbeitgeber, Beschäftigten und Patienten sowie die Gesellschaft insgesamt. Der demografische Wandel wird diese Situation weiter verschärfen. Wirksam können wir dem nur etwas entgegensetzen, indem wir auch Pflege- und Gesundheitsfachkräfte aus dem Ausland gewinnen. Dafür braucht es aber auch bei der Berufsanerkennung eine Willkommenskultur, die sich ausdrückt in einer wertschätzenden und pragmatischen Herangehensweise, sodass Menschen in ihren erlernten Berufen bei uns schnell arbeiten können. Dafür stellen wir mit der neuen Verordnung die Weichen. Bürokratische Hürden dürfen der Einwanderung ausländischer Fachkräfte nicht länger im Wege stehen.

Pflege- und Gesundheitsfachkräfte aus dem Ausland benötigen zur Ausübung ihres Berufes eine Berufserlaubnis. Hierfür müssen sie neben dem erfolgreichen Abschluss beziehungsweise der Anerkennung ihrer ausländischen Ausbildung nachweisen, dass sie die deutsche Sprache im erforderlichen Maße beherrschen, zuverlässig und in gesundheitlicher Hinsicht geeignet sind. Bisher gab es zu den Nachweispflichten keine klaren Vorgaben. Fehlende Konkretisierungen führten zu Unsicherheiten und teils langwierigen Verfahren. Die neue Nachweis- und Sprachprüfverordnung Gesundheitsfachberufe NRW definiert erstmalig einheitliche und moderne Standards, die dieses Verfahren auch vollständig aus dem Ausland ermöglicht und damit den gesamten Prozess vereinfachen und beschleunigen soll. Die Verordnung regelt konkret, welche Unterlagen in welcher Form durch die Behörden angefordert werden dürfen und durch die Fachkraft einzureichen sind. Darüber hinaus definiert sie die für die Berufsausübung erforderlichen Sprachkenntnisse, deren Nachweis und legt verbindliche Regeln für das Verfahren zur Sprachprüfung fest. Die Verordnung bildet daher einen wichtigen Baustein zur Fachkräfteoffensive. Die Landesregierung hat eine Fachkräfteoffensive gestartet, um mit neuen, verbesserten und verstetigten Angeboten dem akuten und drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland ist dabei ein zentrales Handlungsfeld.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Haushalt 2024 eingebracht: Handlungsfähig bleiben in herausfordernden Zeiten

Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk hat am Mittwoch (23.08.23) den Haushalt 2024 im Landtag Nordrhein-Westfalen eingebracht. Der Etat hat ein Volumen von 101,9 Milliarden Euro. Er ist geprägt durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, die hierdurch ausgelöste Energie- und Konjunkturkrise, die Transformation des Landes hin zur Klimaneutralität sowie steigende Zinsen und die hohe Inflation. Diese belasten den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und lassen aktuell wenig haushalts- und finanzpolitischen Spielraum.

Zu einem modernen, handlungsfähigen und nachhaltigen Staat gehört vor allem auch die Schaffung bester Bildungschancen für die Kinder in allen Altersgruppen. Die öffentlichen Finanzen müssen dafür dauerhaft tragfähig bleiben und zugleich die richtigen Weichen für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen stellen.

Der Entwurf für den Haushalt 2024 sieht daher vor, dass das Schulministerium von Einsparauflagen befreit und die Mehrausgaben des u.a. für Kinder, Jugend und Familien zuständigen Ministeriums (MKJFGFI) für das Alltagshelperprogramm und die Sprach-Kitas von allen anderen Ressorts mitfinanziert werden. Mit der Schaffung von zusätzlichen 38.000 Plätzen im Offenen Ganztags im Primarbereich wird der Weg hin zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Ganztagsplatz in der Primarstufe konsequent fortgesetzt.

Mit dem Programm „Rechnen, Schreiben, Lesen“ werden darüber hinaus grundlegende Kompetenzen der jungen Schülerinnen und Schüler gestärkt. Dafür sind 8 Millionen Euro im Haushalt 2024 vorgesehen. Weitere 178 Millionen Euro werden bis 2027 jährlich für das Sprach-Kita-Programm und zur Entlastung der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen durch das Alltagshelperprogramm bereitgestellt.

Die Handlungsfähigkeit des Staates muss auf allen Ebenen gewährleistet werden. Die Bewältigung der Herausforderungen bei der Flüchtlingsunterbringung bedeutet gerade für die Städte und Gemeinden eine immense Aufgabe. Alleine aus dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“ sind bislang 390 Millionen Euro als zusätzliche Hilfen an die Kommunen geflossen. Auch im kommenden Jahr werden die nordrhein-westfälischen Kommunen bei der Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen durch das Land weiter nach Kräften unterstützt. Allein im Landeshaushalt 2024 sind für flüchtlingsbedingte Aufwendungen insgesamt rund 3 Milliarden Euro veranschlagt.

Der Erfolg des notwendigen Transformationsprozesses für Nordrhein-Westfalen hin zu einer starken, resilienten und klimaneutralen Industrieregion ist entscheidend für die Zukunft wettbewerbsfähiger Unternehmen und sicherer Arbeitsplätze und damit für die Zukunftschancen des Landes. Im Kern geht es darum, trotz der schwierigen Ausgangslage im Rahmen der bestehenden Handlungsspielräume in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu investieren.

Ein Beispiel für die Unterstützung zukunftsweisender Technologien und den fortschreitenden Wandel am Industriestandort NRW ist die Förderung für die Umstellung der Stahlproduktion auf den Energieträger Wasserstoff – mit bis zu 700 Mio. Euro die größte Einzelförderung des Landes.



Fortsetzung auf Seite 7

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Fortsetzung von Seite 6:

Nordrhein-Westfalen soll bis 2045 die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden. Auch künftig sind daher wieder erhebliche Mittel für die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen vorgesehen. Für 2023 und 2024 stehen mehr als eine Milliarde Euro für Klimaschutzmaßnahmen im Landeshaushalt bereit. Z.B. für klimafreundliche Mobilität, die Wärmewende, den beschleunigten Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, aber auch für klimaresilientere Wälder und Innenstädte.

Wichtige weitere Bausteine im Transformationsprozess sind auch die Digitalisierung im Land und die konsequente Modernisierung der Verwaltung. Deshalb sieht der Haushalt 2024 im Rahmen der Gigabitförderung und des Glasfaserausbaus für Regionen, in denen der Markt es nicht leisten kann, weiterhin Haushaltsmittel von über 134 Millionen Euro vor. Im Justizetat stehen beispielsweise insgesamt 190 Millionen Euro für die Digitalisierung zur Verfügung und auch im Bereich der Steuerverwaltung werden modernste digitale Ermittlungsmethoden und ein vernetztes Arbeiten gefördert, um die Finanzkriminalität noch effektiver bekämpfen zu können.

Auch die Innere Sicherheit bleibt ein Eckpfeiler des Regierungshandelns. Eine zunehmende Gewaltbereitschaft in Teilen unserer Bevölkerung wird die Landesregierung nicht akzeptieren. Daher sollen auch weiterhin 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter pro Jahr ausgebildet werden.

Die Reform der Krankenhauslandschaft und die Förderung der Hochschulen und Universitätskliniken bleiben ebenfalls wichtige Anliegen der Landesregierung.

Erst Hitze – dann viel Regen: Schwierige Ernte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023

Das Erntejahr 2023 ist aufgrund der anhaltenden Niederschläge genau in den Wochen, in denen normalerweise große Teile der Ernte im Land eingefahren werden, mit besonderen Herausforderungen für Landwirtinnen und Landwirte in Nordrhein-Westfalen verbunden. An vielen Orten in Nordrhein-Westfalen konnte das Getreide, vor allem Weizen, erst später eingeholt werden, da es zu nass war. Im Extremfall waren einzelne Bestände durch die anhaltende Feuchtigkeit so stark ausgewachsen, dass sie mit dem Mähdrescher nicht mehr geerntet werden konnte.

Wirklich belastbare Zahlen können dieses Jahr daher nur für die Wintergerstenernte genannt werden, die mit überdurchschnittlichem Ergebnis von 8,1 Tonnen pro Hektar und guten Qualitäten vor der Regenphase abgeschlossen wurde. Bei Winterweizen schwanken die Erträge zwischen 9 Tonnen pro Hektar, die mit guter Qualität vor Mitte Juli gedroschen wurden, und Flächen, die vielerorts gar nicht mehr zu ernten waren.

Die bisherige Ernte kann in zwei Abschnitte unterteilt werden. Während vor den Niederschlägen Ende Juli durchschnittliche bis gute Erträge erzielt werden konnten, nahmen vor allem die Qualitäten nach Ende der Regenperiode deutlich ab. Die anhaltende Feuchtigkeit hat dazu geführt, dass der als Brotweizen angebaute Weizen oftmals nicht mehr die gewünschte Backqualität erreichte.

Die Bedeutung von Weizen ist in NRW groß: Winterweizen wächst auf knapp jedem vierten Acker und ist auf rund 237.000 Hektar Anbaufläche die mit Abstand wichtigste Getreideart im Land. Bis zum einsetzenden Regen waren im Rheinland rund 70 Prozent der Flächen geerntet, während am Niederrhein, im Münsterland und Ostwestfalen noch mindestens 70 Prozent der Bestände auf dem Feld standen. Im Gegensatz zum Getreide haben Mais, Kartoffeln und Zuckerrüben von der warmen und nassen Witterung profitiert. Für alle drei Kulturen gilt, dass sie wegen des nassen Frühjahrs vergleichsweise spät ausgesät werden konnten. Bei Mais ist mit guten bis durchschnittlichen Erträgen zu rechnen, genau wie bei Zuckerrüben.

Bei Kartoffeln ist die Lage schwieriger: Auf der einen Seite können die nassen Bedingungen zu einem hohen Anteil an faulen Knollen und Krautfäule führen. Auf der anderen Seite können bei einer reichlichen Wasserversorgung ohne Krankheitsdruck hohe Erträge erzielt werden.

Fast 50 Prozent der Fläche in Nordrhein-Westfalen wird landwirtschaftlich bewirtschaftet. Rund 30.000 Landwirtinnen und Landwirte leisten dabei einen großen Beitrag zur Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Neue Führungsstrategie für die Polizei Nordrhein-Westfalen vorgestellt

Am Dienstag, 29. August 2023, hat Innenminister Herbert Reul zusammen mit dem Inspekteur der Polizei, Michael Schemke, die neue Führungsstrategie der Polizei Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Das Innenministerium hat im Rahmen einer Landesarbeitsgruppe gemeinsam mit den Polizeibehörden und wissenschaftlicher Unterstützung die Führungsprinzipien der nordrhein-westfälischen Polizei grundlegend überarbeitet. Ergebnis ist ein Grundsatzpapier („Verantwortliche Wahrnehmung von Führung in der Polizei Nordrhein-Westfalen“), das die Leitlinien guter Führung innerhalb der Polizei skizziert. Das aktuell 217-seitige Papier richtet sich insbesondere an alle polizeilichen Führungskräfte im Land. Damit erneuert die Polizei in Nordrhein-Westfalen ihre Führungsprinzipien erstmals seit 2004.

Der neue Leitfaden ist speziell auf die Anforderungen der Polizei abgestimmt. Er beschreibt erstmals aus unterschiedlichen Perspektiven, wie gute Führung entsteht und wie sie für die Polizei definiert ist. Zudem enthält er neue Instrumente, die die Führungskräfte bei ihrer anspruchsvollen Aufgabe unterstützen sollen. Die Rahmenkonzeption für die Polizei NRW ist in dieser Form bundesweit die erste ihrer Art.

Eine wesentliche Grundlage für die Rahmenkonzeption war eine großangelegte Befragung zur Werteorientierung der Polizei NRW. Im September 2019 hatte Innenminister Reul die Initiative gestartet. Im Rahmen einer Befragung der Beschäftigten äußerten sich viele Mitarbeiter u.a. zum Thema Führung.

Zentrale Ergebnisse der Umfrage waren etwa die Wünsche nach einem einheitlichen Rahmen für Führung in der Polizei aber auch nach mehr Angeboten zur Unterstützung und Fortbildung von Führungskräften.

Eine 74-köpfige Landesarbeitsgruppe unter Leitung des Inspektors der Polizei, Michael Schemke, und der Mitarbeit von Prof. Dr. Jürgen Weibler von der Fernuniversität Hagen hat die Anregungen aufgenommen und das Grundlagenpapier erstellt.

Zukünftig stehen den Führungskräften eine Vielzahl an Führungsinstrumenten zur Verfügung, darunter ein mehrdimensionales Führungsfeedback sowie Coaching- und Supervisionsangebote. Auch ein Handlungsrahmen für Mitarbeitergespräche und Unterstützungsinstrumente wie zum Beispiel ein Mentoringprogramm für Führungskräfte wurden eingebunden.

Praxisnahe Handlungsempfehlungen ergänzen den neuen Leitfaden. Dabei geht es um besondere Führungssituationen wie zum Beispiel den Umgang mit Suchterkrankungen oder die Sensibilisierung für Indikatoren demokratiefeindlicher Tendenzen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Letztere beinhaltet eine Übersicht über Erscheinungsformen, Förderungsfaktoren und Frühindikatoren für Extremismus. Hinzu kommen explizite Hinweise zum Umgang mit erkannten Problemen.

Mittelstandsbeirat der Landesregierung berät mit Ministerin Neubaur und Ministerin Scharrenbach über Zukunftsperspektiven

Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat des starken Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Damit das so bleibt, müssen sich kleine und mittlere Unternehmen transformieren und zukunftsfähige Lösungen entwickeln. Welche Rahmenbedingungen braucht ein zukunftsfähiger Mittelstand? Wie kann durch Digitalisierung die Wirtschaft und Verwaltung effizienter werden? Wie gelingt dem Mittelstand der Weg in die Klimaneutralität? Wie können Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften unterstützt werden? Darum ging es bei der jüngsten Sitzung des Mittelstandsbeirats mit Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur und Bau- und Digitalministerin Ina Scharrenbach. Der Mittelstandsbeirat der Landesregierung hat sich für die kommenden Jahre auf eine gemeinsame Agenda verständigt, die Lösungswege für zentrale Herausforderungen finden und umsetzen will.

Wir müssen Herausforderungen als Chancen sehen: Die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise fordert mittelständische Unternehmen nach wie vor und bremst die wirtschaftliche Entwicklung in NRW. Wir brauchen die besten Ideen, um Lösungen für die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln – und diese zügig umsetzen. Die Digitalisierung ist ein wichtiger Teil dieser Lösung, denn sie lässt uns schneller werden – bei der Planung, bei der Genehmigung oder in internen Unternehmensabläufen. Die Zusammenarbeit der wichtigsten Mittelstandsverbände und Institutionen unter dem Dach des Beirats ist eine wertvolle Unterstützung für die landespolitische Arbeit und vor allem für die Unternehmerinnen und Unternehmer des Mittelstands in NRW. Gerade in Zeiten wie diesen profitieren wir von starken Veränderungspartnerschaften. Dem Mittelstandsbeirat gehören 14 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaftsverbänden, den Kommunalen Spitzenverbänden und der Gewerkschaft an. Der Beirat wird für die Dauer einer Legislaturperiode berufen.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Antrag von CDU und Grünen: Digitalisierung der kommunalen Verwaltung neu denken und standardisierte und gemeinsame Software fördern

Die Digitalisierung der Verwaltung unterstützt den gesellschaftlichen Fortschritt, erleichtert unser Leben und ermöglicht mehr gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. Eine professionell digitalisierte Verwaltung ist bürgerfreundlich. Wer behördliche Dokumente bequem von Zuhause aus beantragen kann, gewinnt erheblich an Zeit. Auch für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist eine funktionierende digitale Verwaltung wesentlich. Durch digitale Verwaltungsverfahren können Verwaltungsangestellte entlastet werden. Diese strukturelle Arbeitserleichterung trägt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und steigender Anforderungen an die Verwaltungen zudem wesentlich dazu bei, dass andere staatliche Aufgaben weiterhin sicher erfüllt werden können.

Die Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN wird eine nachhaltige und umfassende Digitalisierung aller Verwaltungen in NRW vorantreiben. Dafür bedarf es jedoch noch weiterer Maßnahmen und Verbesserungen. In den Kommunen wird eine Fülle verschiedener IT-Anwendungen für die Verwaltungs- und Fachverfahren genutzt. Oft ist unklar, ob Software-Produkte verschiedener Anbieter über Schnittstellen automatisiert miteinander Daten austauschen können, welche technischen Voraussetzungen zum Betrieb gegeben sein müssen und welche Kosten dabei auf die Verwaltungen zukommen. Deshalb braucht es in einem ersten Schritt einen Referenzkatalog, der es allen Kommunen erlaubt nachzuschlagen, welche Produkte zu welchem Zweck bereits eingesetzt und empfohlen werden. Ein solcher Referenzkatalog ermöglicht einen strukturierten Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen, durch den sie informierte Entscheidungen für oder gegen verschiedene Produkte treffen können. Auf seiner Basis können, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, passende Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen durchgeführt werden. Damit Verwaltungen und Softwareunternehmen besser zusammenarbeiten können, braucht es außerdem Mittlerinnen und Mittler, die in den Verwaltungen für die Beauftragung und Implementierung von Softwares verantwortlich sind, angelehnt an die Aufgaben von Product Ownern, die in Unternehmen und Startups für den Softwareentwicklungsprozess verantwortlich sind.

Die Kommunen in NRW bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern zu einem großen Anteil die gleichen Dienst- und Serviceleistungen an. Deshalb unterscheiden sich viele Verwaltungs- und Fachverfahren zwischen den Kommunen inhaltlich nur wenig. Aufgrund besonderer Situationen und Bedürfnissen vor Ort ist es notwendig, dass Kommunen Softwarepakete zur Bearbeitung ihrer Aufgaben möglichst frei zusammenstellen können. Dafür müssen beauftragte Produkte technische Schnittstellen offen dokumentieren und auf die Einhaltung bestehender Schnittstellen und Standards achten.

Ein wichtiger Aspekt für eine erfolgreiche Umsetzung liegt in der ganzheitlichen Betrachtung von Digitalisierungsprozessen. Das bedeutet, dass die Digitalisierung der Verwaltungen sowohl aus dem Blickwinkel der Bürger als auch aus der Perspektive der Mitarbeiter der Verwaltungen erfolgen muss. Entscheidend ist, dass eine Verwaltungsleistung vollständig digitalisiert wird. Es reicht nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger Daten digital eingeben können, wenn auf der anderen Seite die Verwaltungsangestellten die Daten wieder ausdrucken müssen. Die moderne Softwareentwicklung setzt prozessweise an und unterscheidet nicht mehr zwischen Frontend (Bürgerinnen und Bürgern) und Backend (Verwaltung). Eine entscheidende Maßnahme zur Erreichung der genannten Ziele ist der Ausbau des Portalverbunds zwischen Bund, Ländern und Kommunen für den gegenseitigen Austausch.

Vor diesem Hintergrund hat die Zukunftscoalition von CDU und Grünen einen Antrag in den Landtag eingebracht und beschlossen der die Landesregierung unter anderem auffordert

- eine Bestandsanalyse des aktuellen Stands der Digitalisierung der Kommunen in NRW, einschließlich der zum Einsatz kommenden Sachverfahren, vorzunehmen, um daraus einen zentralen Referenzkatalog zu erarbeiten, der für alle Verwaltungen offen steht und die zur Verfügung stehenden digitalen Services auflistet.
- in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zielgenaue Schulungsformate für das Verwaltungspersonal zu erarbeiten, die den Einsatz der Verwaltungssoftwares aus dem zentralen Referenzkatalog und verschiedene Managementaufgaben für Digitalisierungsprojekte beinhalten.

Fortsetzung auf Seite 10



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Fortsetzung von Seite 9:

- einen IT-Digitalbeirat mit den betroffenen Beteiligten einzuführen, damit Prozesse und Schnittstellen standardisiert und offen dokumentiert werden.
- die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Rechenzentren zu vereinfachen, so dass informationstechnische Systeme kooperativ genutzt werden können, mit dem Ziel Fachkräfte und Ressourcen zu bündeln.
- zukünftige Förderungen für Digitalisierungsprojekte verstärkt an die Open Source Entwicklung, die offene Dokumentation von Schnittstellen und Standards sowie das Einhalten bereits existierender Schnittstellen zu knüpfen, um damit die Nachnutzungskosten für öffentlich geförderte Softwares gering zu halten. Damit ein einfacher und flächendeckender Einsatz in NRW und anderen Bundesländern ermöglicht wird und
- sich im Bund für eine zukunftsorientierte und stabile finanzielle Unterstützung der Verwaltungsdigitalisierung einzusetzen.

Antrag von CDU und Grünen:

Fachkräftemangel bei den Öffentlichen Verkehren wirkungsvoll begegnen

Die Gewinnung von Fachkräften ist eine der großen Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der demografische Wandel ist in fast allen Branchen spürbar und wird sich zukünftig noch stärker bemerkbar machen. Der Abschied der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsleben macht sich bemerkbar und wird sich zukünftig noch stärker auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Schon seit einigen Jahren sind die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen aus dem Bereich der Öffentlichen Verkehre mit einem überdurchschnittlichen Fachkräftemangel konfrontiert, der es zunehmend schwieriger macht, das vorhandene Angebot aufrecht zu erhalten. Gerade für die Umsetzung der Verkehrswende und zum Erreichen der Klimaziele ist ein funktionierender ÖPNV essentiell, ebenso als Teil der Daseinsvorsorge. Mittlerweile sind sogar große Verkehrsunternehmen gezwungen, ihren Fahrplan aufgrund Personalmangels auszudünnen, um zumindest für ein Rumpfangebot die Bedienqualität sicherzustellen. Gerade in ländlichen Räumen, wo die Angebote begrenzt sind, führt dies zu erheblichen Mehrbelastungen.

Durch mehrere Faktoren ist die Fachkräftesicherung im Bereich der Öffentlichen Verkehre besonders schwierig. Zum einen leidet der Bereich unter einer überdurchschnittlichen Überalterung, wie in den kommenden Jahren durch viele neu zu besetzende Stellen ersichtlich sein wird. Mehr als ein Drittel der bei Bussen und Straßenbahnen im Fahrdienst Beschäftigten ist über 55 Jahre alt. Zum anderen ist das Image der Branche durch die hohe Arbeitsbelastung, Schichtdienst und geringe Aufstiegschancen unattraktiv, obwohl sie trotz technischer Fortschritte hohe Arbeitsplatzsicherheit bietet.

In den kommenden Jahren soll das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr deutlich ausgeweitet werden. Ziel der Bundesregierung ist es, die Fahrgastzahlen im Bahnfernverkehr zu verdoppeln. Die Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN in NRW hat es sich zum Ziel gesetzt, das Angebot im Öffentlichen Nahverkehr um 60 Prozent bis 2030 auszuweiten. Schon jetzt ist auf den wichtigen Pendelstrecken in NRW das Angebot vor allem im Schienennahverkehr zu knapp sowie in ländlichen Räumen kaum vorhanden. Durch das Deutschlandticket werden die Fahrgastzahlen voraussichtlich weiter steigen. Um die gemeinsam gesteckten Ziele verlässlich zu erreichen und den Bürgerinnen und Bürgern Busse und Bahnen als verlässliches Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen, bedarf es auch mehr Personal. Denn eine zuverlässige und flexible Mobilität bestimmt unsere Lebensqualität und ist eine wichtige Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt.

Fortsetzung auf Seite 11



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Fortsetzung von Seite 10:

Damit dies gelingt und die bereits heute vorhandene Personallücke nicht noch größer wird, sind von allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren verstärkte Anstrengungen notwendig. Das Land NRW hat mit dem Programm „Fokus Bahn NRW“ im SPNV bereits wichtige Grundlagen geschaffen, um dem Personalmangel im Bereich der Öffentlichen Verkehre zu begegnen. Diesen erfolgreichen Ansatz gilt es nun weitzuvortreiben und auch für den straßengebundenen Öffentlichen Verkehr zu nutzen.

Dazu gilt es, strukturelle Probleme aufzuarbeiten und auch neue Handlungsfelder zu identifizieren, die dem wachsenden Bedarf nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexiblen Arbeitszeitmodellen und – wo betrieblich möglich – dem Wunsch nach Homeoffice gerecht werden. Auch die Angleichung von aktuell bestehenden Gehaltsunterschieden ist ein entscheidender Faktor, um den Anteil von Frauen bei den Beschäftigten in der Branche zu steigern. Deshalb sollen bestehende Unterschiede der Vergangenheit angehören. Um der Herausforderung des Fachkräftemangels adäquat zu begegnen, ist der gleichberechtigte Zugang von Frauen und Männern zu allen Arbeitsfeldern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Vor diesem Hintergrund hat die Zukunftscoalition von CDU und Grünen einen Antrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht und beschlossen, der die Landesregierung unter anderem auffordert

- die Aktivitäten im Einflussbereich des Landes unter dem Dach der Fachkräfteoffensive NRW zur Personalgewinnung, Aus- und Fortbildung im ÖPNV zu verstärken und Synergien mit weiteren und bestehenden Fachkräfte- und Beschäftigungsoffensiven zu nutzen.
- den Einfluss des Landes zu nutzen, um bei der Gestaltung von Verkehrsverträgen einheitliche und ambitionierte Standards für gute Beschäftigungsverhältnisse zu etablieren.
- auf Verkehrsunternehmen einzuwirken, ihre Unternehmenskultur weiter zu verbessern, damit ihr Unternehmen auch für junge Erwachsene, Frauen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte attraktiv wird.
- die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen zu verbessern, um bereits bei Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden für Berufsfelder bei den Öffentlichen Verkehren zu werben und diese frühzeitig zu gewinnen und dafür ausreichend Praktikumsangebote bei den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen bereitzustellen.
- sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Bedingungen für die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland erleichtert werden. Dafür soll auf Bundes- und Landesebene die erleichterte Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen unter Wahrung der im Verkehrsbereich relevanten Sicherheitsstandards realisiert werden sowie der Abbau von Sprachbarrieren durch konstruktive Gespräche mit den Ausbildungsverbänden angestrebt werden mit dem Ziel, in Bereichen ohne Erfordernis einer hohen Sprachkompetenz, Sprachbarrieren durch die Anwendung von leichter Sprache abzubauen und
- weitere Maßnahmen zu ergreifen, damit die Mobilität in den ländlichen Räumen trotz angespannter Personallage weiterhin zuverlässig, nachhaltig und barrierefrei ist und die dortigen Entwicklungschancen nicht eingeschränkt sind und sicherzustellen, dass der Ausbau der Schienen- und Schnellbusanbindungen trotz des Personalmangels möglich bleibt.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Pflege-Fachkräfte zu Besuch im Landtag

Im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hatten Pflege-Fachkräfte aus dem Josephs-Hospital Warendorf, dem Marienhospital Oelde sowie der Geschäftsführer der Zentrale Akademie für Berufe im Gesundheitswesen Gütersloh (ZAB) die Gelegenheit zum Austausch mit Staatssekretär Matthias Heidmeier.

In dem Gespräch ging es u.a. von der Anwerbung ausländischer Fachkräfte und Ausbildungsfragen über Themen wie Bürokratieabbau, Dokumentationspflichten, Kräfteabwerbung durch Zeitarbeitsfirmen und Qualitätssicherung auch um Antworten zur anstehenden Krankenhausreform. Bund und Land verhandeln aktuell über die zukünftige Aufstellung der Krankenhauslandschaft, das Ergebnis entscheidet über die künftige medizinisch-pflegerische Versorgung im ländlichen Raum und die bessere Vernetzung und Spezialisierung der Kliniken. Ziel der Reform ist ein effizienterer Einsatz von finanziellen Mitteln und Fachkräften für Patienten und Mitarbeiter gleichermaßen. Ambulante- und stationäre Pflege befinden sich seit Jahren in einer zunehmend herausfordernden Situation: Der Renteneintritt der Babyboomer-Generation und der demographische Wandel treffen auf steigende Kosten, Inflation und wenig Auszubildende. Das führt vielerorts bereits zu Problemen, wie die Pflegekräfte anhand von Beispielen aus dem Arbeitsalltag verdeutlichen.

Ministerpräsident Wüst hat mit Einführung der Landarztquote, dem Hausarztaktionsprogramm, mehr Medizinstudienplätzen, der medizinischen Fakultät in Bielefeld und der Krankenhausplanung bereits konkrete Maßnahmen für die Zukunft ergriffen. Wichtige finanzielle und personelle Effizienzgewinne ergeben sich dabei auch durch die gezielte Verbesserung und sinnvolle Verknüpfung von Abläufen und Strukturen: Ein Beispiel hierfür ist die Erweiterung des Klinik Case-Management um ein sozialpflegerisches Betreuungskonzept: Nach einem Klinikaufenthalt stünden unmittelbar alle Informationen zur Verfügung die für eine individuell nachsorgende Betreuung erforderlich sind. Weitere Maßnahmen sind nötig: Dazu gehört die Stärkung der Digitalisierung, der Abbau bürokratischer Hürden, zentrale Ansprechpartner bei der Berufsankennung und die Aktivierung junger Menschen die noch ohne Berufsabschluss sind. Dafür allein sollen lt. Planung rund 50 Mio. € bereit gestellt werden.

Daniel Hagemeyer MdL: „Wenn Praxis und Politik einen konstruktiven Austausch pflegen und Impulse aus der Praxis direkt zur Sprache gebracht werden, können wir alle davon profitieren.“ Die Anregungen und Hinweise aus dem Gespräch wollen die Politiker in ihre Arbeit einfließen lassen.



CDA Vorstände zu Besuch auf dem Franziskus-Campus in Ahlen

Bei einem Rundgang durch die Ausbildungsräume der Pflegeschule erfuhren die Mitglieder der CDA-Kreisvorstände Warendorf und Coesfeld von Schulleiter Michael Berchtold und Mitarbeiter Stefan Kleier, dass auf dem Campus derzeit insgesamt 225 Ausbildungsplätze in der generalistischen Pflegeausbildung zur Pflegefachkraft und dem dualen Bachelor-Studium „Pflege dual“ zur Verfügung stünden. Geplant ist die Aufstockung auf zukünftig 300 Ausbildungsplätze. Der Schulleiter fordert für die Zukunft ein Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1:20 statt wie aktuell 1:25. Darüber hinaus wäre auch eine Aufstockung bei den Ausstattungspauschalen für Pflegeschulen wünschenswert, damit weitere Investitionen vorgenommen werden können. Die angehenden Pflegefachkräfte, die in Ahlen ausgebildet werden, kommen übrigens längst nicht nur aus Deutschland: „Wir werben auch im Ausland, unter anderem im Kosovo, für die Ausbildung.“



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Daniel Hagemeyer informiert sich über Tagespflege in Ostbevern

An den Standorten Ostbevern und Telgte bietet die Tagespflege Telgte GmbH mit Geschäftsführer Martin Hengst und seinem Team ein Angebot für pflegebedürftige Menschen an. Gemeinschaft, Austausch, Begleitung und abwechslungsreiche Aktivitäten stehen auf dem Tagesprogramm und für das leibliche Wohl wird ebenfalls gesorgt. Zum Service gehört auch das Abholen am Morgen und Zurückbringen der Tagesgäste abends.



Sommerradtour der CDU Warendorf

Wie sieht die zukünftige Entwicklung in der Emsstadt aus?

Ulrich Butterschlot und Björn Güldenarm (Stadtwerke Warendorf), Landrat Dr. Olaf Gericke, MdB Henning Rehbaum sowie Regina Höppner u. Tobias Reth (Stadt Warendorf) informierten über die geplante Fernwärmeversorgung in der Altstadt, zur Zukunft der Bahnstrecke Warendorf-Münster, zur WLE-Reaktivierung und zur Grundschul Landschaft in Einen.



Auch Daniel Hagemeyer MdL radelte mit während er über die Maßnahmen der Landesregierung in den Bereichen Verkehr und Bildung berichtete.

Sommerfest der CDU Eienen-Müssingen



Auf dem traditionellen Sommerfest der CDU Eienen-Müssingen berichtete Daniel Hagemeyer MdL bei herrlichem Sonnenschein aus dem ersten erfolgreichen Jahr der NRW-Zukunfts-koalition.

Ausgerichtet wurde die Feier von Familie Schulze Westhoff auf deren Hof in Eienen, wie jedes Jahr eine gelungene Veranstaltung!



9. Ennigerloher CDU „Drubbel-Forum“



Auf Einladung des CDU-Stadtverbandes war Daniel Hagemeyer zu Gast im Jakobus-Haus und berichtete über ein Jahr erfolgreiche Arbeit der schwarz-grünen Zukunftskoalition. Nicht nur Mitglieder der Drubbel-CDU sprachen mit ihm über aktuelle politische Themen und gaben ihm Anregungen für die Arbeit im Landtag mit.

„Wir sind die Partei der Mitte und gefordert, die richtigen Antworten zu geben auf die Herausforderungen der

Zeit“, so Hagemeyer. Schwerpunkte der CDU geführten Landesregierung seien dabei u. a. die Themen Bildung, Kampf gegen den Klimawandel, Wirtschaft und die Innere Sicherheit: „Wir müssen weiter in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes investieren“, unterstreicht Hagemeyer: „Jeder dritte Euro unseres Landeshaushaltes fließt in den Bereich Bildung. Zugleich gelte es aber auch, zukünftig die Schuldenbremse einzuhalten, um die Gestaltungsmöglichkeiten kommender Generationen zu erhalten.“

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Ministerin Ina Scharrenbach zu Besuch in Oelde

Bei ihrem Besuch machte sich die Ministerin ein Bild vom Street Art-Projekt „Paste up History“, des Berliner Künstlerduos David Mannstein und Maria Vill, ermöglicht durch die Förderung des Kommunalministeriums. Ministerin Ina Scharrenbach hatte bei einem Gesprächstermin mit Daniel Hagemeyer und Bürgermeisterin Rodeheger auf das „nicht gut angenommene Förderprogramm“ für Street Art hingewiesen. Die Bürgermeisterin erteilte direkt eine Zusage: „Wir machen das“. Das Projekt ist nun umgesetzt: Bilder und Collagen an zahlreichen Fassaden erzählen Geschichten und verzaubern Oelde bis Oktober auf poetische Weise.



Ina Scharrenbach wünschte zum Abschluss viele Besucher und verdeutlichte: „Das Projekt stärkt die Einzigartigkeit der Stadt.“ Auch das Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte war Thema des Besuchs: 2021 konnten in Oelde dadurch 8 neue Geschäfte angesiedelt werden, die Leerstandsquote wurde von 7 auf 2,7 Prozent gesenkt. „Ein großer Erfolg zur Attraktivierung der Innenstadt, der durch die Fördermittel möglich geworden ist“, unterstrich Daniel Hagemeyer.

Mitgliederversammlung der CDU Warendorf

Der Vorsitzende der Ortsunion Warendorf Dirk Schellhammer hatte zur Mitgliederversammlung geladen. Es standen Vorstandswahlen und die Wahlen der Vertreter zur Kreisvertreterversammlung zur Europawahl 2024 an. Dirk Schellhammer wurde als Vorsitzender, Burkhard Marx und Thorsten Köster als stellv. Vorsitzende der Ortsunion Warendorf bestätigt. Der Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer berichtete aus dem Landtag und im Anschluss folgte noch eine Diskussionsrunde mit dem Abgeordneten und Mitgliedern der Ortsunion.



Im Gespräch mit Gastronomie & Hotellerie

7 Prozent oder 19 Prozent, das ist jetzt die Frage?! Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Henning Rehbaum führten die Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer und Markus Höner ein Gespräch mit Vertretern der DEHOGA und Gastwirten aus dem Kreis Warendorf im Ringhotel-Restaurant Alt Vellern. Derzeit gilt noch bis zum 31.12.23 der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent auf Speisen in der Gastronomie. Wenn die Mehrwertsteuer jetzt wieder angehoben wird, müssen Gastwirte und Hoteliere die dadurch entstehende Differenz an die Kunden weitergeben. Betroffen davon wäre dann ebenfalls die Verpflegung für Kitas und Schulen. Bisher konnten unsere Gastronomiebetriebe die enormen Kostensteigerungen bei Energie, Lebensmittel und Personal zumindest teilweise über den reduzierten Steuersatz abfedern. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, gemeinsam fordern sie die Bundesregierung auf, den reduzierten Steuersatz zu belassen. Essen gehen muss auch für Normalverdiener und Familien erschwinglich bleiben – und die Kita- und Schulverpflegung muss auch bezahlbar bleiben! Auch die zurückliegende Pandemie hat den Arbeitskräftemangel in der Gastronomie verschärft. Jetzt gilt es: Arbeitsplätze zu sichern, neue zu schaffen sowie die gastronomische und kulinarische Vielfalt zu bewahren!



**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**